

Regierungsrat hält trotz Petition an neuer Absenzenreglung fest

Der Basler Regierungsrat hält auch nach einer Petition an der geplanten Verschärfung der Absenzenregelung fest. Die Petentschaft zeigt sich enttäuscht.



von
[Yomo Isler](#)



Seit der Corona-Pandemie nehmen die Absenzen zu. Das Basler Erziehungsdepartement will deshalb Schülerinnen und Schüler, die weniger als 80 Prozent des Unterrichts besuchten, die Zulassung zu Matura untersagen. Nicole Philipp

- Der Basler Regierungsrat hält an einer neuen Absenzenregelung fest.
- Schüler müssen 80 Prozent des Unterrichts besuchen. Dies ist Bedingung für die Matura-Zulassung.
- Eine Petition von über 1000 Gymi-Schülern forderte eine Rücknahme.
- Die Regierung begründet die Regelung mit der Wichtigkeit von Präsenzunterricht.

Das Basler Erziehungsdepartement plant eine Verschärfung der Absenzenregelung, bei der Schülerinnen und Schüler mindestens 80 Prozent des Unterrichts besucht haben müssen, damit sie zur Matura zugelassen werden. Über 1000 Gymi-Schülerinnen und -Schüler unterzeichneten eine Petition, die sich gegen die neue Absenzenregelung ausspricht.

WERBUNG

Mitte Oktober antwortete der Basler Regierungsrat auf die Petition. Er bedankt sich im Schreiben für den «solidarischen Einsatz» der Petentschaft, möchte aber nicht von der neuen Absenzenregelung abweichen. «Im letzten halben Jahr wurde am Erziehungsdepartement ein Konzept erarbeitet, das die Zusammenarbeit der Lehr- und Fachpersonen bei der Prävention und Früherkennung von Absentismus klärt», heisst es im Schreiben.

Absentismus stelle ein Risiko für Schulerfolg dar

Ziel sei es, dass Schülerinnen und Schüler im Falle von Absentismus so früh wie möglich unterstützt werden. Absentismus stelle ein Risiko für den Schulerfolg dar und sei oft ein Symptom eines tieferliegenden Problems. Es sei das Ziel, dass Schülerinnen und Schüler, die sich in einer Notlage befinden, Unterstützung erhalten würden.

Wer eine kantonale gymnasiale Maturität absolviert, verpflichte sich zu Präsenzunterricht. Im Präsenzunterricht würden wichtige Kompetenzen eingeübt. Durch den direkten Austausch mit Lehrpersonen und Mitschülerinnen und Mitschülern würden wichtige Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten entstehen. «Egal in welchem Fach: Präsenzunterricht ist unverzichtbar für die kritische Auseinandersetzung mit Inhalten, für Debatten im Klassenkontext, für praktische Anwendungen oder Experimente», heisst es im Schreiben weiter. In speziellen Situationen sei es weiterhin möglich, Ausnahmen zu machen.

Regierung gehe nicht auf Bedürfnisse der Schüler ein

Seitens der Petentschaft zeigt man sich enttäuscht über die Antwort des Basler Regierungsrats: «Dass es zu erwarten war, dass die Basler Regierung trotz Aufschrei der Schüler*innen nicht auf deren Bedürfnisse eingeht, ist fast schon erschreckender als der Fakt, dass sie an der Verschärfung festhalten», sagen Ruben und Jenny, die Teil der Organisation «Freie Arbeiter*innen Jugend Basel» (FAJ) sind, welche die Petition lancierte.

Die Schule solle ein Ort der Bildung, des Lernens, des Weckens von Interessen, der Möglichkeiten, Fragen auf den Grund zu gehen, ein Ort der Gemeinschaft, des Zusammenhalts sein, so Jenny und Ruben. Heute zeige sich aber ein anderes Bild: Gerade der Leistungsdruck setze vielen Jugendlichen zu. Eine Verschärfung der Absenzenregelung würde dem Problem nicht entgegenwirken, sondern es noch verschlimmern.

Was hältst du von strengeren Absenzenregeln an Schulen?

- Finde ich gut, das fördert Disziplin und bereitet auf das Berufsleben vor.
- Das erhöht nur den Druck auf die Schüler und löst die eigentlichen Probleme nicht.
- Es kommt darauf an, warum jemand fehlt – man muss differenzieren.
- Wichtiger wäre, die Ursachen für Absenzen anzugehen und zu unterstützen.
- Ist mir egal, solange die Leistungen stimmen.

≡ 1317 Abstimmungen

«Es braucht dringend einen Ausbau des Unterstützungsnetzwerks für Schüler*innen mit psychischen Problemen, und dazu gehört auch, dass Schüler*innen die Möglichkeit haben, sich eine Auszeit nehmen zu können», sagt Jenny, die während ihrer Zeit am Gymnasium selbst mit psychischen Problemen zu kämpfen hatte.

Die Petentinnen und Petenten möchten nun aktiv das Gespräch mit dem Erziehungsdepartement suchen und einen Kompromiss finden. Die Jugendorganisation schliesse weitere Massnahmen nicht aus. Was das jedoch konkret heisst, lässt sie offen. Sie betonen aber: «Vorerst versuchen wir durch gemeinsame Gespräche zu einer Einigung zu kommen.»